



Bürgerschaftswahl 2011 – Die Würfel sind gefallen

Die Bürgerschaftswahl 2011 liegt hinter uns und die Würfel sind gefallen. Das Ergebnis war allerdings nicht überraschend. Dass die Grünen mit neuer Stärke in die Bürgerschaft einzogen, war nicht nur dank Fukushima voraussehbar. Der Bundestrend war einfach nicht zu übersehen. Dass die SPD sogar wieder zulegen konnte, hat sie nach unserer Auffassung in großen Teilen dem Bürgermeister zu verdanken, der in einer unaufgeregten, hantelartigen Art und Weise das Amt des Bundespräsidenten ausfüllte. Doch auch dem Innensenator Ulrich Mäurer, der im Zwei-Städte-Staat Bremen und, wie wir meinen, auch in der Polizei Ansehen genießt.

Das Ergebnis ist allerdings auch einer Opposition geschuldet, die sich zum Teil vor und während des Wahlkampfes selbst zerlegte. Als Gewerkschaft, die sich einem demokratischen Rechtsstaat verpflichtet fühlt, sind wir selbstverständlich an einer starken Opposition interessiert, die ihre Rolle als Kontrollorgan der Regierung ausfüllen kann. Für die kommende Legislaturperiode wünschen wir uns, dass sie dieser Aufgabe kraftvoll nachkommt.

Wahlkampf begann für die GdP bereits im März 2010

Für die Gewerkschaft der Polizei hatte der Wahlkampf bereits am Anfang des letzten Jahres begonnen. Im März 2010 legte die Finanzsenatorin ein Papier vor, das später in einer Klausurtagung des Senats beschlossen wurde. Kernstück war der Vorschlag, im Personalhaushalt 950 Stellen einzusparen. Im April 2010 bekräftigte die Finanzsenatorin auf unserem Landesdelegiertentag, dass die Polizei von Sparmaßnahmen nicht ausgenommen werden könne.

Das zeigte sie spätestens in einer Senatsvorlage für die Ausbildungsplanung. Hier halbierte sie die geplante Anzahl der Neueinstellungen für das Jahr 2011 auf 60. Als GdP konnten wir dieses Vorhaben durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und anschließende politische Gespräche verhindern. In der Deutschen Polizei vom Januar schrieben wir dazu:

„Aufgeschreckt durch die öffentliche Diskussion um die Einstellungszahlen kam Bewegung in die politische Landschaft. ... Als GdP gingen wir noch einmal in intensive Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen, den innenpolitischen Sprechern und dem Innensenator“.

Dabei unterstrich die SPD-Fraktion, sich auch weiterhin an der ursprünglich vereinbarten Einstellungszahl von 120 halten zu wollen. Dieses Signal kam schließlich auch von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen. In gemeinsamen Gesprächen vereinbarten sie, den Senat zu einer entsprechenden Änderung der Vorlage zu veranlassen. Über den Fortgang der Entwicklung wurde der Landesvorsitzende laufend informiert. Schließlich unterrichtete der SPD-Fraktionsvorsitzende die GdP darüber, dass die Senatsvorlage in unserem Sinne positiv verändert wurde.

Als GdP begrüßen wir es, dass sich die genannten Parteien im Sinne der Beschäftigten der Polizeien im Lande Bremen für eine Einhaltung der ursprünglichen Zusagen eingesetzt haben.

Das Thema Einstellungszahlen behielten wir in 2010 ständig im Fokus, sowohl öffentlich als auch in politischen Gesprächen.

SPD fordert kontinuierliche Einstellungen in die Polizei

Die SPD forderte schließlich in ihrem Wahlprogramm 135 Neueinstellungen pro Jahr über die gesamte kommende Legislaturperiode. Die Grünen hielten sich

bedeckt und sprachen in ihrem Wahlprogramm von Einstellungszahlen nach Bedarf.

Dennoch halten wir fest, dass ohne unsere ständigen Mahnungen in politischen Gesprächen, unser öffentliches Umgehen mit dem Thema, die Forderungen in der Größenordnung, wie sie die SPD in ihrem Wahlprogramm formulierte, nicht gegeben hätte. Wir halten zwar an unserer Position fest, dass für ein Erreichen der Reformziele die Stellenzielzahlen von 2600 für Bremen und die von 487 für Bremerhaven unerlässlich sind und 135 Einstellungen pro Jahr dafür nicht ausreichen. Richtig ist aber auch, mit einer festen Größe über die gesamte Legislaturperiode hinweg zu agieren und keine Einstellung nach Kassenlage zuzulassen. Immerhin lag der Vorschlag der SPD mit 135 Neueinstellungen pro Jahr um 57 mehr über der Vereinbarung in der letzten Legislaturperiode.

Rat der GdP zu den Koalitionsverhandlungen gefragt

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung fanden die Koalitionsverhandlungen statt. Als Vorstand der GdP waren wir mit unseren jeweiligen Verantwortungsbereichen beratend für die Verhandlungen tätig. Diese Beteiligung war u. a. auch ein Wunsch des Bürgermeisters, der eine intensive Zusammenarbeit zu den Koalitionsverhandlungen angeboten hatte. Dieses Angebot setzten wir um, und die Koalitionäre nutzten die Kompetenz der GdP.

In Gesprächen mit den jeweiligen Verhandlungsteilnehmern haben wir die Möglichkeit genutzt, um unsere Vorstellungen einzubringen.

Der Landesvorstand



Rechtsweg statt Verhandlungen

Die Gewerkschaft der Polizei hat die Tarifverhandlungen um den TV-L und das sich ihr anschließende unwürdige Übernahmektat nicht vergessen. Vergessen ist auch nicht, dass sich die rot-grüne Regierungskoalition einer vernünftigen Verhandlungskultur im Sinne von „Verhandeln statt Verordnen“ in der letzten Legislaturperiode verschloss.

Erinnern wir uns: Das Tarifergebnis wurde nicht zeit- und inhaltsgleich übertragen. Ein oft geübter ärgerlicher Vorgang, der sich diesmal noch dadurch verschärfte, dass zwischen den Gehaltsgruppen willkürlich eine Grenze gezogen wurde. Das bedeutete zwischen den Gehalts-

gruppen von A 8 und A 9/A 11 der Unterschied von 360 Euro Einmalzahlung und zwischen A 9/A 11 und A 12 aufwärts eine verspätete Anpassung um sechs bzw. zehn Monate.

Da uns insbesondere von den Grünen öffentlich brüsk bedeutet wurde, dass es mit den Beamten keine Verhandlungen gibt, sehen wir uns gezwungen, den Rechtsweg zu beschreiten. Wir wollen juristisch prüfen lassen, ob eine willkürliche und durch nichts außer durch Sparmaßnahmen begründete Gehaltskürzung rechtmäßig ist. An dieser Stelle sehen wir Chancen, einen Rechtsstreit zu gewinnen.

Die ersten Schritte für die Einleitung eines solchen Verfahrens wurden bereits

unternommen. Die Performa-Nord hat einem Musterverfahren zugestimmt. Wir halten euch über den Fortgang des Verfahrens auf dem Laufenden.

Der Landesvorstand



TERMIN

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe 2011, Landesjournal Bremen, ist der **11. Juli 2011**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

JUNGE GRUPPE

Mal was Neues ausprobiert

Eine neue Tagungsstätte, interessante Themen, kompetente Gastdozenten sowie ein Drachentbootrennen waren das Erfolgsrezept für das diesjährige Seminar der JUNGEN GRUPPE vom 11. bis 13. 5. 2011.

Dank dem ehrenamtlichen Engagement der GdP-Bildungsbeauftragten **Heike Rensch** wurde es den 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der JUNGEN GRUPPE ermöglicht, ihr diesjähriges Seminar nicht in Tosens, sondern erstmalig auf dem Gut Ankelohe in Bad Bederkesa zu veranstalten. Die neue Örtlichkeit besticht durch modernste Ausstattung und großzügige Seminarräume sowie ihre Nähe zur Natur an einem wunderschönen Waldrand nahe dem Bederkesaer See.

Ziel des Seminars war es unter anderem,

den jungen Kolleginnen und Kollegen einen Blick „über den Tellerrand“ zu ermöglichen. So wurde allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit gegeben, über aktuelle Geschehnisse in ihren Direktionen zu berichten. Es ist wirklich toll, dass auch in diesem Jahr wieder Kolleginnen und Kollegen aus allen Polizeidirektionen sowie von der Ortspolizeibehörde Bremerhaven an dem Seminar teilgenommen haben und somit ein interessanter und offener Informationsaustausch stattfinden konnte.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



JUNGE GRUPPE



An dieser Stelle möchte ich mich noch recht herzlich bei Heike Rensch, Mirko Robbers, Helge Josuttis, Torben Koch und allen weiteren Helfern für ihre Unterstützung bei dem Seminar bedanken!

Tim Gelineck
Landesjugendvorsitzender



Interessante Themen im Seminar wurden aufgelockert durch ...

Ein solcher Austausch trägt maßgeblich dazu bei, Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen und deren Arbeit in anderen Direktionen und Aufgabenbereichen zu fördern. Viele angesprochene Themen wurden auch abends am Lagerfeuer noch heiß diskutiert.



... Lagerfeuerromantik ...

Ein weiteres Schwerpunktthema war die Führungskräftequalifikation in der Polizei Bremen (Q1, Q2, HD). Mit **Mirko Robbers** und **Helge Josuttis** hatten sich zwei junge Kollegen bereit erklärt, den Seminar Teilnehmerinnen und -teilnehmern einen Einblick in die verschiedenen Qualifikationen zu geben.

... und Drachenbootrennen.

Ein wesentlicher Bestandteil des Seminars gilt aber auch immer der „Teambildung“. Nachdem sich die Seminar Teilnehmerinnen und -teilnehmer im vergangenen Jahr gemeinsam den Weg durch einen Kletterpark gebahnt haben, organisierte **Torben Koch** von der JUNGEN GRUPPE in diesem Jahr ein Drachenbootrennen. Da sich ein Drachenboot nur durch das gemeinsame und gleichzeitige Rudern aller 20 Bootsinsassen fortbewegen lässt, war es eine ideale Übung, um die Gruppe noch stärker zusammenwachsen zu lassen.



Ich freue mich über die zahlreichen positiven Rückmeldungen zu dem Seminar und möchte alle jungen Kolleginnen und Kollegen dazu ermuntern, ebenfalls einmal an einem Seminar der JUNGEN GRUPPE teilzunehmen!



Schutzpolizisten/-innen finden ihre Arbeit interessant, aber wie belastet sind sie?

Fragebogenaktion in der Schutzpolizei

Eine Umfrage in der Schutzpolizei zeigt, dass die Kollegen/-innen deutlich über ihr Limit gehen, aber wie lange geht das noch gut?

Um die Stimmung innerhalb der Schutzpolizei näher zu ergründen, haben wir einen kleinen Fragebogen vorbereitet. Wir stellen uns die Frage: Was ist die Schutzpolizei noch wert? Gibt es noch Wertschätzung und Respekt für unsere Arbeit?

Fragebogen der GdP-Fachgruppe Schutzpolizei

Die Prozentangaben wurden auf- (>0,5) bzw. abgerundet (<0,5).

1. Statistisches

Insgesamt sind 278 Fragebögen zurückgekommen (Rücklaufquote von 54%)!

| | | |
|------------------------|------------------|-----|
| Geschlecht: | männlich | 76% |
| | weiblich | 24% |
| Alter: | bis 30 Jahre | 20% |
| | 31 bis 40 Jahre | 27% |
| | 41 bis 50 Jahre | 28% |
| | > 50 Jahre | 25% |
| Einsatzbereich: | | |
| | ESD | 74% |
| | TI/Bürgerservice | 17% |
| | ZED/JED | 1% |
| | Revier (KOP, VS) | 8% |

2. Arbeitszufriedenheit/Motivation

Frage

Ist die Arbeit in der Schutzpolizei für dich interessant (Begründungen; es reichen auch Stichwörter)?

| | |
|-----------------|-----|
| Ja | 96% |
| Nein | 2% |
| Ungültig | 2% |

Frage

Beabsichtigst du länger im Bereich der Schutzpolizei zu verweilen oder ist sie für dich nur „Durchlaufstation“?

| | |
|--|-----|
| Ja , ich möchte länger im Bereich –S– verweilen | 89% |
| Nein , ich möchte mich in eine andere Direktion verändern | 9% |
| Ungültig | 2% |

Frage

Wie beurteilst du deine Aufstiegschancen innerhalb der Schutzpolizei?

| | |
|---|-----|
| Grundsätzlich gleich mit anderen Direktionen | 11% |
| besser | 2% |
| schlechter | 86% |
| Ungültig | 1% |

3. Belastung (nur ESD/TI)

Der „110er-Prozess“ (ESD/TI) ist sehr dynamisch und geht einher mit einer stetig steigenden Zahl von Anforderungen und Belastungen (z. B. Beachtung der ganzen Handlungsanleitungen; Fustkw muss ständig besetzt sein, aber nur 2,5 Kollegen/-innen im ESD bzw. zwei Kollegen/-innen im TI-Prozess pro Wagen).

Frage

Führt dies zur Einschränkung deiner präventiven Arbeit (hier sind auch die Eigeneinsätze gemeint) „auf der Straße“?

| | |
|-----------------|-----|
| Ja | 78% |
| Nein | 14% |
| Ungültig | 8% |

Frage

Würde durch die Umstellung auf einen alternativen Dienstplan (z. B. BOD, 4-Schichten-Plan) deiner Einschätzung nach die Arbeitszufriedenheit steigen? (Begründung/Stichworte)

| | |
|-----------------|-----|
| Ja | 13% |
| Nein | 77% |
| Ungültig | 10% |

Frage

Hältst du es für sinnvoll, zu einem Stichtag (z. B. 45 Jahre) aus dem Wechselschichtdienst in eine andere Funktion zu wechseln?

| | |
|-----------------|-----|
| Ja | 60% |
| Nein | 35% |
| Ungültig | 5% |

Frage

Wie lange sollte eine Mindestverweildauer im Wechselschichtdienst/ESD sein?

| | |
|-----------------------|-----|
| bis 2 Jahre | 3% |
| 2 bis 5 Jahre | 22% |
| 5 bis 10 Jahre | 41% |
| > 10 Jahre | 27% |
| Ungültig | 7% |

4. Gesundheit

Frage

Durch die Personalsituation und die zu bewältigenden Aufgaben steigen die Arbeitsbedingungen und Einsatzanforderungen kontinuierlich, auch für dich?

| | |
|-----------------|-----|
| Ja | 89% |
| Nein | 10% |
| Ungültig | 1% |

Frage

Wenn „Ja“: Wirkt sich dies auf deine Gesundheit aus?

| | |
|-----------------|-----|
| Ja | 62% |
| Nein | 28% |
| Ungültig | 10% |

Frage

Die Gewalt gegen Polizeibeamte nimmt stetig zu. Hält dieser Trend deiner Meinung nach zukünftig an?

| | |
|-------------|-----|
| Ja | 99% |
| Nein | 1% |

Frage

Fühlst du dich in der Lage, dich diesem Phänomen mit all seinen Auswirkungen zu stellen?

| | |
|-----------------|-----|
| Ja | 58% |
| Nein | 40% |
| Ungültig | 2% |

Frage

Bist du der Meinung, dass unsere Ausrüstung bzw. Ausstattung hierfür angemessen ist bzw. ausreichend?



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

| | |
|-----------------|-----|
| Ja | 46% |
| Nein | 52% |
| Ungültig | 2% |

5. Zukunft/Perspektive

Frage

Wenn du die Wahl hättest, in welcher Direktion innerhalb der Polizei HB würdest du am liebsten Dienst versehen wollen: Hier waren Mehrfachnennungen möglich!

| | |
|-----------------------------------|-----|
| Bereitschaftspolizei | 4% |
| Kriminalpolizei | 10% |
| ZES | 2% |
| ZTD | 1% |
| WV | 2% |
| ESD | 50% |
| Revierdienst mit TI-Anteil | 17% |
| BS | 4% |
| JED | 2% |

| | |
|----------------------|----|
| ZED | 3% |
| Revierdienste | 4% |
| FP | 1% |

Frage

Bist du mit dem Beurteilungssystem, wie es aktuell in der Schutzpolizei angewendet wird, zufrieden?

| | |
|-----------------|-----|
| Ja | 15% |
| Nein | 82% |
| Ungültig | 3% |

Dieses Ergebnis des Fragebogens zeigt ganz klar, dass die Kollegen/-innen der Schutzpolizei, die in der Vergangenheit die immer stärkere Arbeitsverdichtung mit hoher Motivation und großem Engagement ausgeglichen haben, nun (fast) am Ende sind. Die Politik hat es nicht verstanden, wie die Lage war, sondern die Schraube immer stärker angezogen. Auch Polizisten/-innen sind nur Men-

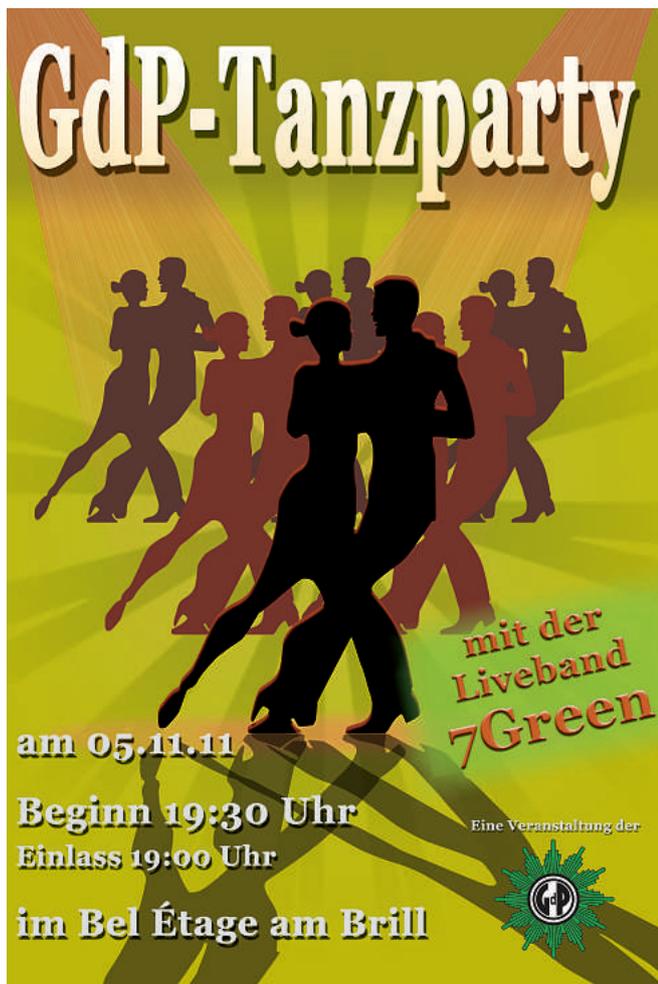
schen und haben daher irgendwann ihr Leistungspensum erreicht. Die neu gewählte Regierung in Bremen muss jetzt sagen, was für sie noch wichtig ist. Ohne die 2600 Vollzeitbeschäftigten in der Polizei Bremen ist der jetzige Standard nicht zu halten.

Wir erreichen im Sommer dieses Jahres das absolute Personaltief von unter 2400 Beschäftigten. Wenn die Politik weiter an den jetzigen Standards festhalten will, aber nicht mehr Personal einstellt, dann wird sich das rächen. Schon jetzt leiden die Kollegen/-innen an verschiedenen Krankheiten und dieses muss gestoppt werden.

Ansonsten gibt es rasend schnell immer weniger Polizisten/-innen, die ihrer Arbeit gesund nachgehen können. Und das kann ja wohl nicht die Absicht unserer Politiker sein, dass ihre Beschäftigten

Fortsetzung auf Seite 6

VERANSTALTUNG



Jetzt Karten bestellen

Nach dem großen Erfolg der GdP-Tanzparty 2010 im Weserhaus direkt an der Schlachte geht die mittlerweile traditionsreiche Veranstaltung in diesem Jahr in eine neue Runde!

Dieses Jahr feiern wir im modernen **Brill bel étage** (Eingang: Hutfilterstr. 24–26, 28195 Bremen)!

Mitten im Zentrum von Bremen mit einem grandiosen Panoramablick über den Brill bis hin zur Weser ist jeder herzlich eingeladen, mit Bürgern, Polizei und Ehrengästen einen unvergesslichen Abend zu erleben.

Selbstverständlich wird es auch wieder ein besonderes Büfett mit reichlicher Auswahl für jeden Geschmack geben!

Auf der großen Bühne präsentiert die achtköpfige **Live-Band Seven Green** eine erstklassige Auswahl geschmackvoller Songs der letzten dreißig Jahre. Ihre professionelle Performance wird den Gästen auf der Tanzfläche einheizen!

Seven Green bringt Lieder auf die Bühne, die auch in weiteren dreißig Jahren noch Hits sein werden. Sie sind eben keine klassische Top-40-Band, sondern eine Gruppe gestandener Musiker, die ihren Schwerpunkt auf Qualität setzen. Coldplay und U2, Pink und Amy Winehouse gehören daher genauso ins Programm wie Kool & the Gang, The Doobie Brothers und die Pointer Sisters.

Gutes Essen, Musik, Tanz und Überraschungen in einem besonderen Ambiente versprechen beste Unterhaltung!

Karten für die GdP-Tanzparty 2011 (25 € inkl. Büfett) können ab sofort über die GdP-Geschäftsstelle (Anne Bauer, Tel.: 04 21 / 9 49 58 54) reserviert werden.

*Tim Gelineck
Geschäftsführer GdP Service GmbH*



Fortsetzung von Seite 5

krank werden. Wir bitten Sie, im Sinne der Gesundheit der Polizisten/-innen schnell zu handeln. Denken Sie bei Ihren Entscheidungen nicht nur an diese Legislaturperiode. Dieser Fehler wurde schon häufiger gemacht (siehe Einstellungszahlen bei der Polizei in den letzten 20 Jahren). Die Gesellschaft braucht wieder Vorbilder und keine Egoisten, die nur an heute denken und nicht an morgen. Das Argument, Bremen ist ein Haushaltsnotlageland, kann nicht auf Kosten der Gesundheit der Polizisten/-innen im Land Bremen gehen. Sie müssen schon sagen, was Ihnen noch wichtig ist. Dann können die Führungskräfte Ihnen auch sagen, was geht und was nicht mehr.

**Daher fordern wir:
Mehr Personal (zurück zum Standard:
drei Beamte pro Fahrzeug).**

**Bessere materielle Ausstattung, um
körperliche oder personelle Unterlegen-
heit auszugleichen.**

**Zusätzlich intensivere Aus- und Fort-
bildung.**

Nils Winter
Fachgruppe Schutzpolizei

Wohnen und Leben im Alter

Bei unserem Treffen am 12. Mai 2011 im Grollander Krug referierte **Frau Sörensen, Leiterin des Kunden-Zentrums der Bremer Heimstiftung**, über das Wohnen und Leben im Alter. Die Bremer Heimstiftung ist eine Institution der Hansestadt Bremen. Im April 1953 beschloss der Senat, alle stadtbremischen Seniorenheime zu einer gemeinnützigen Stiftung zusammenzufassen. Anfänglich mit fünf Bremer Altenheimen als Startkapital ausgestattet, ist die Bremer Heimstiftung heute in fast allen Stadtteilen vertreten. Es werden ca. 1800 Mitarbeiter beschäftigt, und ca. 2800 Senioren leben an 25 Standorten in Bremen. Frau Sörensen erklärte uns, dass es die „Altersheime“ der 50er-Jahre schon lange nicht mehr gibt. Am Beispiel „Wohnen im Alter“ machte sie deutlich, dass es die Möglichkeit gibt, unabhängig zu leben, aber im Notfall dennoch sicher versorgt zu sein. Weitere Themen waren: ambulante Pflege, Tages- und Kurzzeitpflege und die stationäre Pflege. Es besteht die Möglichkeit, in Wohngrup-

pen, Stiftungsresidenzen, Stadtteilhäusern oder in Stiftungsdörfern zu wohnen. Wichtig ist eine persönliche Beratung! Die zahlreichen Wortmeldungen zeugten vom großen Interesse an diesem Thema.

Wolfgang Karzenburg

Hinweis:

In den Monaten Juli und August ist Sommerpause. Die Treffen in Bremen und Bremerhaven beginnen wieder im Monat September.

Unser diesjähriges Seminar in Tossens

Auch in diesem Jahr, vom 11. 5. – 13. 5., fand wieder unser Seminar in Tossens für die Zielgruppe der Senioren/-innen in der GdP in dem Gästehaus von Ingrid Nöckel statt. Da die doppelte Anzahl von Anmeldungen vorlag und die Teilnehmerzahl auf 20 beschränkt ist, mussten diesmal etliche „Stammseminaristen“ leider für einige „Neulinge“ auf die Teilnahme verzichten. Das fiel dem Seminarleiter Wolfgang Karzenburg nicht leicht und er kündigte an, sich beim Vorstand der GdP für ein 2. Seminar stark zu machen. Die Resonanz ist auf jeden Fall da, ist doch dieses Seminar eine der wenigen Informationsquellen für die stärkste Fachgruppe innerhalb der GdP Bremen.

Nach der Zimmerverteilung am Anreisetag ging es um 10.00 Uhr gleich los. Wie gebannt verfolgten wir Wolfgangs Refe-

rat und Ausführungen, mit Beamerunterstützung von Horst Albinger, über die möglichen Auswirkungen auf uns Pensionäre in Bezug auf die Einhaltung der Schuldenbremse bis 2020, die übrigens noch nicht in der Landesverfassung verankert ist.

Hierbei hat der nicht ständige Ausschuss der bremischen Bürgerschaft ein Horrorszenario entwickelt, welches für die Aktiven sowie für die Pensionäre tiefgreifende Einschnitte zur Folge hätte, wenn wir nicht geschlossen und mit allen uns zur Verfügung stehenden, legalen Mitteln dagegen halten würden. Sehr viele Kollegen, die jetzt in Pension gegangen sind, haben selbst schmerzhaft gespürt, wie die kontinuierliche Absenkung der Pensionen und der aktuelle Wegfall der Polizeizulage sich äußerst negativ auf die monatlichen Pensionszahlungen ausge-

wirkt haben. Ein Ende wäre, wenn das Horrorszenario greifen würde, noch lange nicht absehbar. Weitere Absenkungen unserer Alimente wären die Folge und hätten gravierende Auswirkungen auf den Erhalt unseres bescheidenen Lebensstandards, sowohl der Pensionäre als auch der Aktiven.

In drei Arbeitsgruppen erarbeiteten wir verschiedene, für uns relevante Themenbereiche, die alle die Wichtigkeit der Mitgliedschaft in der GdP als Pensionär eindeutig herausstellten und das gerade im Hinblick auf die eventuellen Kürzungsorgien. Hier können wir nur geschlossen dagegen halten, alles andere wäre eine Zersplitterung unserer Kräfte und würde wirkungslos bei den politischen Mandatsträgern verpuffen.

Die anwesenden Kollegen/-innen waren sich alle einig, dass eine Mitglied-



FACHGRUPPE SENIOREN



Unsere Pensionäre sind immer noch mit Leib und Seele dabei. Ihre Seminare sind stets ausgebucht.

schaft in der GdP als Pensionär wichtiger ist denn je, denn nur gemeinsam sind wir stark und können auch was erreichen. Das beste Beispiel dafür ist die Versorgungserhöhung zum 1. 4. 2011, natürlich leider wieder mit dem 8. Absenkungsfaktor.

Wolfgang Karzenburg hat es wieder verstanden, durch seine rhetorischen Fähigkeiten das Seminar spannend und interessant zu gestalten. Ein Indiz dafür waren die vertiefenden Gespräche zu diesem Themenkomplex noch bis in die Nacht hinein an der Bar im Gästehaus oder bei der externen „Happy Hour“ bis zur Grenze unserer Belastbarkeit.

Hoffen wir auf die Fruchtbarkeit der Bemühungen für ein 2. Seminar, damit ein großer Kreis von interessierten Kollegen/-innen sensibilisiert wird, um sich auch dann mit dem nötigen Engagement als Multiplikatoren für unsere Rechte einsetzen zu können.

Es war ein interessantes und aufschlussreiches Seminar mit einem bitteren Beigeschmack für die Zukunftsperspektiven seitens der Politik.

Wolfgang Stanger

RECHT

BGH traf vermieterefreundliche Entscheidung

Der BGH hat vermieterefreundlich entschieden: Die Möglichkeit einer Mieterhöhung nach Modernisierungsarbeiten besteht, trotz Formfehler.

Vermieter von alten, modernisierungsbedürftigen Wohnungen stehen häufig vor dem Problem, dass sich eine Modernisierung unter Beibehaltung der vereinbarten Mieten finanziell nicht lohnt.

Dabei übersehen die Immobilienbesitzer oft, dass sie die angefallenen Modernisierungskosten jährlich mit elf Prozent auf die Mieter umlegen können, um die Investitionen im Nachhinein zu finanzieren. Eine wichtige Neuerung hierbei: Der Vermieter kann die Miete aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen sogar auch dann erhöhen, wenn er die Maßnahme vorher nicht angekündigt hat. Das geht aus einem aktuellen Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) hervor.

Der BGH hat hierbei entschieden, dass auch bei einer Verletzung der Ankündigungspflicht die Kosten von tatsächlich durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen auf den Mieter umgelegt werden können. In seiner Entscheidung vom 2. März 2011 (Az.: VIII ZR 164/10) differenzierte das Gericht zwischen der Ankündigungspflicht des Vermieters und der Berechtigung zur Umlage wegen Modernisierungsmaßnahmen.

Modernisierungsmaßnahme spätestens drei Monate vor Beginn ankündigen

In dem konkreten Fall hatte der BGH über die Modernisierungsmieterhöhung eines Vermieters zu entscheiden, der die für die Maßnahme erforderlichen Formvorschriften nicht eingehalten hatte. Der Vermieter hatte den Einbau eines Fahrstuhls ursprünglich zwar angekündigt, zog das Vorhaben auf Widerspruch des Mieters jedoch wieder zurück. Zu einem



späteren Zeitpunkt wurde der Fahrstuhl in das Gebäude eingebaut – ohne weitere Ankündigung. Nach Abschluss der Bauarbeiten erhöhte der Vermieter wegen der Modernisierung die Miete. Der Mieter vertrat jedoch die Auffassung, dass aufgrund der fehlenden Ankündigung kein Anspruch auf eine Modernisierungsmieterhöhung bestehe. Zu Un-

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

recht, wie der BGH entschied. Das Gericht gab dem Vermieter recht und entschied, dass sich der Beginn der möglichen Mieterhöhung lediglich um ein halbes Jahr nach hinten verschiebe.

Fazit der BGH-Entscheidung: Der Einbau des Fahrstuhles war grundsätzlich umlagefähig. Werden der Gebrauchswert der Wohnung oder der zugeordneten Gemeinschaftsflächen nachhaltig durch eine Modernisierung erhöht, die allgemeinen Wohnverhältnisse auf Dauer verbessert oder trägt die Modernisierungsmaßnahme nachhaltig zur Einsparung von Energie oder Wasser bei, können die Kosten der Modernisierungsmaßnahme auf den Mieter umgelegt werden.

Dabei angefallene Reparaturkosten und Kosten für erforderliche Instandsetzungsmaßnahmen sind hingegen nicht umlagefähig und müssen daher im Vorfeld abgezogen werden.

Zu den Formerfordernissen gehört indes, dass der Vermieter, außer bei Bagatellarbeiten, die Modernisierungsmaß-

nahme spätestens drei Monate vor Beginn der Arbeiten ankündigen muss. Darüber hinaus muss er die Art, den voraussichtlichen Umfang und Zeitpunkt, die voraussichtliche Dauer sowie die zu erwartende Mieterhöhung schriftlich mitteilen. Dem Mieter steht infolgedessen ein Sonderkündigungsrecht zu.

In der aktuellen Entscheidung hat der BGH zwischen der erforderlichen Ankündigungspflicht und der generellen Umlage der Modernisierungskosten unterschieden. Das Gericht stellte klar, dass die Ankündigungspflicht dem Mieter ermöglichen soll, die zu erwartenden Maßnahmen zu prüfen und sich auf Baumaßnahmen in seiner Wohnung einzustellen sowie gegebenenfalls von seinem Sonderkündigungsrecht Gebrauch zu machen. Die Ankündigungspflicht dient nach der Auffassung des BGH jedoch nicht dem Zweck, die Kostenumlage einzuschränken. Die Modernisierung sei schließlich zum Vorteil der Mieter erfolgt, und der Vermieter habe daher das Recht, die Miete auch ohne Ankündigung zu erhöhen.

RA'in Nicole Mertgen



**Gut,
dass es
sie gibt.**

**Gewerkschaft
der Polizei**

STERBEFÄLLE

Wir trauern um unsere Kolleginnen und Kollegen

Es starben:

Waltraud Holz, geb. am 15. 1. 1954, verstorben am 11. 11. 2010,
Werner Klaus Gottschewski, geb. am 20. 8. 1938, verstorben am 19. 12. 2010,
Hermann Frantzen, geb. am 3. 12. 1920, verstorben am 18. 1. 2011,
Klaus Hahn, geb. am 11. 4. 1937, verstorben am 19. 1. 2011,
Hildegard Walker, geb. am 18. 2. 1934, verstorben am 26. 1. 2011,
Paul Kutschker, geb. am 7. 5. 1921, verstorben am 24. 1. 2011,
Willi Max Fritz Hanken, geb. am 20. 3. 1915, verstorben am 16. 2. 2011,
Inge Beese, geb. am 20. 4. 1931, verstorben am 10. 2. 2011,
Horst Brunk, geb. am 24. 3. 1925, verstorben am 5. 2. 2011,
Otto Sengpiel, geb. am 21. 8. 1937, verstorben am 6. 4. 2011,
Wilhelm Lange, geb. am 11. 7. 1927, verstorben am 17. 4. 2011,
Karl-Heinz Schwarz, geb. am 25. 8. 1931, verstorben am 23. 4. 2011,
Gerd Boie, geb. am 25. 2. 1939, verstorben am 16. 3. 2011,
Karl Kastner, geb. am 6. 6. 1942, verstorben am 25. 4. 2011,
Olga Hürtgen, geb. am 20. 1. 1919, verstorben am 18. 5. 2011,
Hans Meyerhoff, geb. am 8. 7. 1935, verstorben am 11. 5. 2011.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

